

# Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion u. des Kgl. Hauptsteueramtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, **Mittwochs** und **Sonnabends**, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „**bellustrirten Beilage**“ vierteljährlich 1 Mark 50 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. **Sechshundvierzigster Jahrgang.**

**Inserate**, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Corpuzelle 10 Pf., unter „Eingeladn.“ 20 Pf. Geringerer Inseratenbetrag 25 Pf.

Donnerstag, den 12. Februar 1891, Vormittags 11 Uhr.

fol im Hofe des hiesigen Königlichen Amtsgerichts ein schwarzes Pferd, Stute, 12 Jahr alt, gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden. **B i s c h o f s w e r d a**, am 9. Februar 1891. Der Gerichts-Vollzieher des Königlichen Amtsgerichts daselbst. **Saupe.**

## Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 11. Februar 1891, Abends 6 Uhr.

- 1) Mitvollziehung der Haushaltpläne für die Kammerei, Schul- und Armenkasse. — 2) Vortrag der Haushaltpläne für die Kirche. — 3) Antrag des Stadtrathes, die Abtretung eines Streifen Areal an der Bischofstraße von Herrn Heinrich Franke an die Stadtgemeinde betreffend. — 4) Antwort des Stadtrathes auf den diesseitigen Antrag, den Preis des Gases herabzusetzen. — 5) Bericht über das Stadtkrankenhaus für 1890. — 6) Bericht über die Thätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr für 1890. — Hierauf geheime Sitzung.

Gräfe Jun., Vorsteher.

### Politische Weltschau.

An Ereignissen hat es in der letzten Woche wahrlich nicht gefehlt. Die Enthebung des Grafen Waldersee von seinem Posten als Chef des großen Generalstabs, der Sturz des italienischen Ministerpräsidenten Crispi, die Demission des österreichischen Finanzministers polnischer Nationalität, Dunajewski, die republikanische Erhebung in Portugal und die Meuterei belgischer Reservisten — alles Ereignisse „erster Güte“. Dazu kommen für uns Deutsche noch die wichtigen Kolonialdebatten im Reichstag, die hochinteressanten Berichte über die Expedition Emin Paschas, einige Ministerkrisengerüchte, die Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrathes und einiges Andere, um die verfloßene Woche zu einer ereignissschweren zu machen. Im Vordergrund des Interesses aber steht die Entlassung des Generalstabchefs. Wir waren gewohnt, nachdem Graf Moltke dieses verantwortungreiche Amt zwei Jahrzehnte lang verwaltet, die Stellung des Chefs des deutschen Generalstabs fast als ein Amt zu betrachten, das einen Wechsel seines Inhabers nur aus Gründen erfahren könnte, die außerhalb des Kreises menschlicher Bestimmung liegen. Wir blickten mit dem Gefühl eines gewissen Bedauerns auf die zerfahrenen Verhältnisse des französischen Heeres, dessen Führer und Organisatoren rascher wechselten als die Moden, bis endlich mit der Ernennung eines Zivilisten zum Kriegsminister eine größere Stetigkeit in die Heeresleitung gekommen zu sein scheint. In Deutschland brauchen wir derartige ungesunde Verhältnisse nicht zu befürchten. Nichtsdestoweniger mahnt uns die Entlassung des Grafen Waldersee daran, daß wir uns nicht mehr in der Zeit beschaulichen Ausruhens befinden, sondern mitten in dem unruhigen Getriebe einer Periode der Wandlung. Wir hatten uns, während Fürst Bismarck und Graf Moltke für die politischen und militärischen Verhältnisse des Reiches bestimmend waren, so tief in das Gefühl ruhiger Sicherheit gewiegt, daß wir die Frage gar nicht aufkommen ließen: „Was wird dereinst werden, wenn diese Beiden nicht mehr sind?“ Eher als wir dachten, ist diese Frage aktuell geworden. Die kurze Spanne weniger Monde und Jahre wird die Antwort nicht geben können. Sie ist eine Periode des Bangens und Hoffens. Daß der Wechsel in der höchsten Stelle der Heeresleitung nicht zur Befestigung des Gefühls der Sicherheit beigetragen hat, ist leider nicht zu bestreiten. Zweifellos sind es zwingende Gründe gewesen, die Kaiser Wilhelm bestimmt haben, seine Genehmigung zu diesem Wechsel zu geben. Das Bekanntgeben derselben würde freilich mehr zur Beruhigung der Gemüther beitragen, als wenn man das Terrain allein der geschwägigen Fama überläßt. „Dem Soldaten geziemt es nicht, nach den Gründen zu forschen,“ damit hat sich Graf Waldersee selbst beschieden — die

Öffentlichkeit aber ist nicht militärisch geschult, sie verlangt nach Gründen. Zum Nachfolger des Grafen Waldersee ist der älteste Oberquartiermeister Generalleutnant Graf Schlieffen ernannt worden. Der Grund für die in politischen Kreisen herrschende Unsicherheit sind die in den letzten Tagen mehrfach ausgetauchten Gerüchte über Veränderungen in den höchsten Staatsstellen. So hält die „Münch. Allg. Zeit.“ an ihrer Meldung fest, daß der Finanzminister Miquel zum preussischen Ministerpräsidenten ausersehen sei. Von anderer Seite verlautet, der Posten des Vize-Kanzlers, welcher schon einmal für den jetzigen Oberstkämmerer Grafen Otto zu Stolberg-Berningerode geschaffen worden, solle für Miquel erneuert werden. Zu erwähnen ist auch eine Vedart, wonach die Stellung des Kultusministers kaum noch auf längere Zeit haltbar sein dürfte, der Reichskanzler von Caprivi aber, der sich entschieden für Herrn v. Gohler eingesetzt habe, durch den Rücktritt des Letzteren als Ministerpräsident in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Auch der Rücktritt des Reichssekretärs von Walbahn wird als nahe bevorstehend bezeichnet, und die „Köln. Ztg.“ weiß zu berichten, daß der Eisenbahnminister von Maybach vor etwa vier Wochen dem Kaiser sein Abschiedsgesuch eingereicht, daß aber der Kaiser es abgelehnt und dem Minister von Maybach anheim gestellt hat, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen mehrmonatlichen Urlaub zu nehmen. In Eisenbahntreuen nimmt man an, daß der Minister gleich nach Erledigung seines Etats im Abgeordnetenhaus diesen Urlaub nehmen, daß er aber nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird. Schließlich sind alle diese Mittheilungen haltlose Gerüchte — aber sie sind bezeichnend.

Das parlamentarische Hauptstück in vergangener Woche bildete die Kolonialpolitik des Reiches. Die beim Etat des Auswärtigen Amtes im Reichstag begonnene lang erwartete Auseinandersetzung zwischen Regierung und Parteien bewegte sich auf breiter Grundlage. Es ist unmöglich, hier noch einmal die Einzelheiten der Verhandlungen zu rekapitulieren. Bemerkenswerth war die Rühle, mit welcher Herr von Caprivi sich über die südwestafrikanische Kolonie ausließ, die ihm von allen Kolonien die meisten Sorgen bereite und der er von Anfang an kühl gegenüber gestanden habe. Das bevorstehende Jahr werde von der Regierung gewissermaßen als Versuchsjahr angesehen. Der gegenwärtige Zustand sei nicht haltbar, und nach einem Jahre werde man sich die Frage, was nun werden solle, besser beantworten können. Das klang sehr skeptisch. Allerdings fügte Herr von Caprivi auch hinzu, daß man jetzt noch keinen Anlaß habe, an der Zukunft dieser Schutzländer zu verzweifeln, und gleich im Eingang seiner Rede hatte er die Meldung bestätigt, daß Verhandlungen mit einer deutschen Gesellschaft schwebten, die mit dem nöthigen Kapital ausgestattet, gewillt sei, einen Theil der Unternehmungen der südwestafrikanischen

Gesellschaft zu übernehmen. Aus der Debatte über Ostafrika ist hervorzuhellen, daß die Regierung keineswegs beabsichtigt, eine Dreitheilung des Landes in eine Kronkolonie an der Küste, das dahinter liegende „Schutzgebiet“ der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft und die noch weiter landeinwärts gelegene „Interessen-Sphäre“ vorzunehmen, sondern daß das ganze Gebiet als einheitliche Kronkolonie verwaltet werden soll. Staatssekretär v. Marschall führte dafür insbesondere an, daß eine solche Dreitheilung schon geographisch kaum würde durchführbar sein. In längerer Rede entwickelte am 5. d. der Reichskanzler selbst die Kolonialpolitik der gegenwärtigen Regierung unter Berufung auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck: die Verwandlung Deutsch-Ostafrikas in eine direkt unter Reichsverwaltung stehende Kolonie, die beabsichtigte Einsetzung des Gouverneurs, die Beibehaltung der bisherigen Schutztruppe als einer künftig kaiserlichen, der Vertrag mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, welcher unklaren Verhältnissen ein Ende gemacht und dieser Gesellschaft die Mittel zu positiver kolonialer Thätigkeit verschafft hat — dies waren die Hauptgesichtspunkte seiner Darlegungen, die zwar nicht gerade enthusiastische Gefühle erwecken konnten, aber vom Standpunkte einer nüchternen Politik auch kaum einen Einwand erduldeten. Zur Einleitung der Verhandlung, vor der Rede des Reichskanzlers, hatte der Abg. Dechselhäuser auch der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, welche nun in die bescheidene Stellung eines Erwerbs-Unternehmens zurücktritt, sowie dem eigentlichen Urheber deutscher Kolonialpolitik in Ostafrika, dem Dr. Peters, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nach dem Kanzler sprach Herr Richter. Er erklärte, daß er und seine Parteigenossen die Regierung in der Einschränkung der Kolonialpolitik „unterstützen“. Diese Unterstützung darf aber bei Leibe nicht etwa so aufgefaßt werden, daß die Deutschfreisinnigen für die eingeschränkte Kolonialpolitik das erforderliche Geld bewilligen; das verweigern sie vielmehr nach wie vor; die „Unterstützung“ besteht darin, daß sie der Regierung zu verstehen geben, diese würde auf zustimmende Reden der Partei rechnen können, falls sie die Kolonialpolitik so lange immer weiter „einschränke“, bis nichts davon übrig bliebe. Sogar aus der Mitte der Socialdemokraten wurde, von dem Abg. von Bollmar, eine etwas sympathischere Stellungnahme zu der Kolonialpolitik, wie sie jetzt ist, bekundet. Mit großem Interesse hat man die Berichte Emin Paschas verfolgt. Begreift man auch, daß der Herr Reichskanzler seinen Kommissar für Ostafrika, Herrn Major von Wissmann, im Hinblick auf dessen unbestreitbaren großen Verdienste um die Beruhigung des Landes, in Schutz nahm, so geht doch aus den sachlichen Berichten Emin Paschas hervor, daß die Thätigkeit desselben eine in jeder Richtung erfolgreiche gewesen, und daß Herr von Wissmann keine An-

die Sie von dem Stande eines Abganges juristisch. Sie hatte ebensolange lange Sachre gepöfft und geworret, ob

mache; aber ihre weitere Stimmung hatte sich wiederum einen hartem Schlag erlitten.

„Hab wenn ich Sie nicht geben könnte, als wenn ich Sie nicht geben könnte.“

„Wie wenn ich Sie nicht geben könnte, als wenn ich Sie nicht geben könnte.“